

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise: Neuß und Grevenbroich.

Redaction: Jos. Grunau.

Expedition: Neuß, Markt 15.

Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage; Samstags in 2 Nummern und als Gratisbeilage das St. Quirinsblatt.
Preis pro Quartal in Neuß durch Boten ins Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.75.
Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 20 Pfg. pro Quartal beigegeben.

Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und bei dem häufigsten Lesepublikum unseres Landes die beste Wirkung. Preis für die 6-spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei größeren Annoncen und öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr Abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Aufnahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen.

Nr. 72.

Donnerstag den 31. März 1898. (Valpurga)

25. Jahrgang.

Man bestelle
schon jetzt bei der Post das
Abonnement

auf die
**Neuß-Grevenbroicher
Zeitung.**

Gratis

bis zum Ende des Monats liefern wir den

Neuabonnenten

die Zeitung nebst Fahrplan und Schreib-
mappe, soweit der Vorrath noch reicht.

Ergebenst

Redaktion und Verlag

der

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Deutschland.

* Berlin, 30. März.

* **Ueber den Zeitpunkt der Reichstags-
wahlen** wird den B. Pol. Nachr. mitgeteilt.
„dass es zwar rechtlich durchaus zulässig sein
würde, diese Wahlen bis zum Herbst hinaus-
zuschieben, daß aber Zweckmäßigkeitsgründe für
die Wahl eines früheren Termins sprechen.
Unter diesen Gründen fällt besonders stark die
Erwägung ins Gewicht, daß es stets ratsam
ist, sich die Möglichkeit zu sichern, zu jeder Zeit
den Reichstag zusammenzurufen zu können. Es
empfiehlt sich daher, die Wahlen dem Ablaufe
der Legislaturperiode gleich folgen zu lassen.“

* **Die Reichstagswahlen** werden, wie jetzt
als sicher gilt, um die Mitte des Juni statt-
finden.

* **„Diesem Reichstage“** wird in der Nordb.
Allg. Ztg. ein gutes Abgangszeugnis ausge-
stellt:

„Dem Reichstage, dessen fünfjährige Periode
sich nunmehr zu Ende neigt, werden seine Thaten
einen dauernden Denkstein des Ruhmes setzen:
die Heeres-Reform von 1893, das Bürgerliche
Gesetzbuch von 1896 und das Flottengesetz
von 1898 sind Marksteine am Wege, den unser Volk
zu wandeln berufen ist, und wenn nicht alle
Zeichen trügen, so würde die wichtige Reform
des Militär-Strafprozesses diesem Reichstage
gelingen.“

* **Marine-Septennat in Oesterreich?**
Aus Wien wird gemeldet: Die Marine-Verleitung
wird von den Delegationen einen auf sieben
Jahre sich verteilenden größeren Credit fordern,
damit die österreich-ungarische Kriegsmarine mit
den Flotten der andern Großmächte annähernd
gleichem Schritt halte. Wie verlautet, haben die
beiderseitigen Regierungen der Einstellung der
ersten Rate für neue Schiffsbauten in den nächst-
jährigen gemeinsamen Vorschlag bereits zugestimmt. Oesterreichs Flotte umfaßt gegenwärtig
124 Fahrzeuge, darunter 2 Turpanzerfahrzeuge
(1887), 3 Küstenverteidiger (1895-96), 7
Casematt-Panzerfahrzeuge (1871-78), 1 Panzer-
fregatte (1865), 2 Fregatten (1872 und 1873),
2 gedeckte Corvetten (1858 und 1893), 3 Glat-
ted-Corvetten (1873), 4 Kanonenboote (1861 bis
73), 3 Rammkreuzer (1889-93), 7 Torpedo-
fahrzeuge (1885-87), 7 Torpedo-Fahrzeuge (1887 bis
96), 2 Hochsee-Torpedoboote (1895-96), 62
Torpedoboote, 1 Torpedo-Depotsschiff (1891), 5
Trainschiffe (1870-91), 4 Flugmonitore (1871
bis 92), 3 Raddampfer (1858-83) und 4 Hafen-

und Küsten-Fahrzeuge (1861-91). Im Bau
sind 1 Rammkreuzer, 1 Kreuzer und 4 Hochsee-
Torpedoboote.

Frankreich.

* Paris, 28. März. Die Stellung Frank-
reichs in dem Conflict zwischen Spanien und
den Vereinigten Staaten präcisirte der Minister
des Aeußern, Hanotaux, in einer Erklärung,
welche beiden Parteien gerecht zu werden suchte.
„Die Kammer kennt die Sympathie und die
Achtung, welche Spanien und die Vereinigten
Staaten Frankreich einflößen. Auf der einen
Seite alle guten Beziehungen treuer Nachbar-
schaft, aus Ragender Verwandtschaft entspringen-
des Interesse und schließlich Gefühle der
Achtung für den Patriotismus eines heroischen
Volkes, auf der anderen Seite eine Republik,
die mächtige Schwester der unsrigen, voller
Feuer, vertrauens auf ihre Kraft, welche drin-
gend die Abstellung des Unheils verlangt, von
dem auch sie betroffen wird, und das schon seit
sehr langer Zeit anhält. Das ist die Lage in
dem Kampfe, in dem Interesse und Ehre
engagirt sind. Unsere erste Pflicht ist es,
beiden Nationen unaufhörlich den Wunsch aus-
zudrücken, der von allen Seiten getheilt wird,
sie den Würfel bei Seite legen zu lassen, dessen
Fall einen blutigen furchtbaren Kampf
heraufbeschwören kann. Wenn beide Nationen
in gemeinschaftlicher Uebereinstimmung sichere
und unparteiische Freunde suchen, die ihnen zu
einer Beilegung der so schwierigen Frage auf
freundliche Weise verhelfen, dann
werden sie sehen, daß dieser ihr Wunsch allent-
halten gutem Willen begegnet. An uns soll es
dabei nicht fehlen, es hieße aber die uns auf-
erlegte Reserve überschreiten, wollten wir hier-
über hinausgehen, und ich kann, hier wenigstens,
nur den heißen Wunsch erneuern, daß wir eine
billige Lösung zu Stande bringen, welche
Recht, Ehre und Freiheit gleichzeitig befriedigt
und zum Resultat hat die Aufrechterhaltung der
großen Wohlthat des Friedens zwischen den
beiden Nationen, welche uns gleich-
theuer sind.“

Spanien.

* Madrid, 30. März. Minister Sagasta
erklärte nach Beendigung seiner Besprechung mit
dem amerikanischen Gesandten, der letztere habe
ihn gelagt, er hätte auf diese Gelegenheit ge-
wartet, um die Wünsche seiner Regierung betref-
sends Cubas auszusprechen. Er, der Minister-Prä-
sident, habe einige zu diesen Fragen gehörige
Punkte mit Woodford erörtert und diesem auch
versprochen, seine Erklärungen zu prüfen und sie
sowohl der Königin-Regentin als auch dem Mi-
nisteriat vorzulegen, damit letzterer seine Ent-
scheidung treffen könne.

England.

* London, 28. März. Eine neue Gebiets-
abtretung an die Engländer soll von der
chinesischen Regierung zugestanden worden sein.
„Daily Chronicle“ glaubt Grund zu der Annahme
zu haben, daß eine private Gebietsüberlassung
von vermuthlich ansehnlichem Werthe seitens der
chinesischen Regierung an englische Capitalisten
erfolgt sei. Die Concession soll 10,000 Quadrat-
meilen umfassen, die in der Provinz Schansi
liegen.

Rußland.

* St. Petersburg, 28. März. Die russische
Besitzergreifung von Port Arthur und Talienwan
ist vollendete Thatfache. Sofort nach Unter-
zeichnung des russisch-chinesischen Abkommens
wurde den Chinesen die telegraphische Weisung
ertheilt, die Garnison aus Port Arthur zurück-
zuziehen und Dock, Arsenal und Werkstätten den
Russen zu räumen, die bereits die Pläne fertig-
gestellt haben, nach denen sofort alles für die
Befestigung erforderlich hergestellt werden soll.
Der japanische Gesandte hat keinerlei Einspruch
erhoben. Die chinesische Garnison wurde dem-
entsprechend aus Port Arthur und Talienwan
entzogen, russische Truppen sind daselbst
gelandet und über beiden Plätzen weht jetzt die
russische Flagge.

Amerika.

* New-York, 28. März. Eine friedliche
Verständigung zwischen Spanien und den Ver-
einigten Staaten scheint nun doch noch bei den

schwebenden Verhandlungen zu Stande zu
kommen. In Madrid hatte der amerikanische
Gesandte Woodford am Montag Abend mit dem
Minister des Aeußern eine Besprechung, bei
welcher er diesem einen Auszug aus dem
amerikanischen Bericht über die „Maine“-
Katastrophe übergab. Dienstag sollte zwischen
Woodford und den Ministern des Aeußern und
der Colonien und dem Minister-Präsidenten
eine weitere Konferenz stattfinden. Nach einer
Mittheilung des New-York Herald' aus Madrid
soll der amerikanische Gesandte Woodford die
Ueberzeugung ausgedrückt haben, daß ein ernst-
hafter Friede zwischen Spanien und den Ver-
einigten Staaten unverzüglich hergestellt sein
werde. Derselbe würde die Ehre Spaniens
wahren, Cuba volle Gerechtigkeit verbürgen und
den Interessen der Amerikaner Genüge leisten.
Das Blatt fügt hinzu, die Zusammenkunft
Woodfords mit dem Minister-Präsidenten Sagasta
werde eine geschichtliche Bedeutung haben. Einer
Depesche des New-York Herald' zufolge hat der
spanische Gesandte Bernabe die Vereinigten
Staaten ersucht, jede Action in der Cubafrage
zu verziehen, da Spanien billige und liberale
Vorschläge machen wolle, die die Vereinigten
Staaten und Cuba befriedigen würden. Anderer-
seits habe Bernabe gestern erklärt, Spanien
werde seine Souveränitätsrechte auf Cuba nicht
aufgeben. Wie sich die „Wall-Mall-Gazette“ aus
New-York melden läßt, nimmt Spanien die Vor-
schläge Mac Kinleys, nämlich die Herbeiführung
eines Waffenstillstandes auf Cuba bis October,
an. Inzwischen werden die Vereinigten Staaten
an die „Reconcentrados“ Unterführungen ver-
theilen. Der Bericht über die Katastrophe der
„Maine“ wird auf unbestimmte Zeit in den
Säulen des Congress-Ausschusses für die aus-
wärtigen Angelegenheiten verbleiben.

* Washington, 30. März. Da die hervor-
ragenden Mitglieder beider Parteien des Re-
präsentantenhauses dahin arbeiten, eine Abstim-
mung über die Frage der Intervention auf Cuba
zu sichern, besteht im Hause und im Ausschusse
für auswärtige Angelegenheiten eine starke Strö-
mung gegen die Bewilligung eines Credits für
eine Action in's Werk gesetzt werde, um den
Feindseligkeiten auf Cuba ein Ende zu machen.
Die Senatoren, welche gestern Abend mit dem
Präsidenten gesprochen haben, erklären, Spanien
habe einen Waffenstillstand auf Cuba vorgeschla-
gen, der Präsident bestimme jedoch auf weiteren
Bedingungen, die Spanien aber nicht geneigt sei,
anzunehmen.

Parlaments-Verhandlungen.

(*) Der Reichstag beschäftigte sich am Dienstag
mit der dritten Beratung des Etats. Zum Etat des
Reichstags lag eine Resolution Gröber (Ctr.) und
Gen. vor, die Geschäftsordnungskommission mit der
Beratung der Frage zu beauftragen, ob und wie die
Unterchriften von Petitionen gegen eine Bekanntgabe
an Personen, die dem Reichstage nicht angehören, sicher-
gestellt werden können. Die Resolution wurde gegen
Conservative und Deutsche Reichspartei angenommen.
Eine längere Debatte entspann sich sodann über eine
nachträglich vorgenommene, im obigen rein formelle
Berichtigung von Beschlüssen des Reichstags zu § 138a
der Geschäftsordnung, betreffend Vorschriften über
Sonntagsarbeit. Abg. Auer (Soz.) beantragte, die
Berichtigung für ungültig zu erklären; Abg. Freilich
v. Stumm (D. Rp.) beantragte, sie nachträglich gut-
zugeben. Auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (Ctr.)
wurden beide Anträge an die Geschäftsordnungskom-
mission verwiesen.

(*) Das Abgeordnetenhaus setzte Dienstag die
3. Lesung des Etats fort. Eine längere Debatte ent-
spann sich nur bei dem Etat des Ministeriums des
Aeußern, wobei Abg. Szmuta (Ctr.) auf seine Inter-
pellation, betreffend den ländlichen Arbeitermangel, zu-
sprechen kam, und behauptete, daß diese noch nicht von
Seiten der Regierung beantwortet sei. Minister des
Aeußern Febr. v. d. Rade erklärte, daß die Beant-
wortung am 19. April erfolgen würde. Beim Etat
der Handels- und Gewerbeverwaltung bittet Abg.
Güler (Ctr.) den Minister, die seit 6 Jahren bestehende
Fischereischule in Magdeburg mit einer
höheren Subvention zu bedenken. Ein Eingehen der
Schule wäre nicht nur für die Fischerei in Magde-
burg, sondern auch für das Handelswerk überhaupt im
höchsten Maße zu belegen. Handelsminister Breßeld
erwidert, daß es in der Absicht der Regierung liegt,
sich mit der Stadt Magdeburg über die Unterstü-
gung der Schule ins Einvernehmen zu setzen, sobald der neue
Schulplan ausgearbeitet ist. Beim Etat der landwirth-
schaftlichen Verwaltung brachte Abg. Raddyl (Ctr.)
die Liquidation der Versicherungsgesellschaft auf Gegen-

seitigkeit „Germania“ zur Sprache, die die betheiligten
Landwirthe erheblich geschädigt habe. Vom Regierungs-
tisch wird erwidert, daß die Regierung es an der vor-
geschriebenen Beaufsichtigung nicht habe fehlen lassen,
heimlichen Machenschaften der Gesellschaft gegenüber
aber machtlos sei. Nach unwesentlichen Erörterungen
der Abg. Schlabitz (Frei.), Damint (c.) und Rnebel
(ntl.) schließt sich Abg. Zausen (Ctr.) den Ausführun-
gen des Abg. Raddyl bezüglich der Versicherungsgesellschaft
„Germania“ an und drückt sein Bedauern
aus, daß die Regierung die Beantwortung der Inter-
pellation Szmuta so weit hinausgeschoben habe, indem
die in derselben geforderten Maßregeln zum Schaden
der Landwirthe erheblich verzögert würden.

(*) Das Herrenhaus nahm am Dienstag den
Gesetzentwurf betreffend die Erhöhung des Grund-
kapitals der Centralgenossenschaftsliste auf 200 Mill.
M. und das Anfechtungsgesetz an. Sodann verlagte
sich das Haus auf den 26. April. Tagesordnung:
Staatsberatung.

(*) Im Reichstag haben die Abg. Dr. Paasche
(ntl.) und R. ö. (wilt) folgende Resolution einge-
bracht: die verbundenen Regierungen zu ersuchen, dem
Reichstag in seiner nächsten Session einen Gesetzentwurf
vorzulegen, durch welchen die Verwendung von Surro-
gaten und der Zusatz von Süßstoffen und sogenannten
Conferierungsmitteln bei der Bierbereitung, wie in
Bayern und Baden, auch in der Brauereigemeinschaft
verboten wird.

(*) In der Reichstagskommission zur Vorbe-
rathung des Antrags Dr. Paasche (ntl.) betreffend
den Verkehr mit künstlichen Süßstoffen gelangte
der vorgeschlagene Gesetzentwurf in folgender Fassung
zur Annahme: § 1. Künstliche Süßstoffe im Sinne
dieses Gesetzes sind alle auf künstlichem Wege gewonnenen
Stoffe, welche als Süßmittel dienen können, eine höhere
Süßkraft als raffinirter Rohr- oder Rübenzucker, aber
nicht entsprechenden Nährwerth besitzen. § 2. Die Ver-
wendung künstlicher Süßstoffe bei der gewerbsmäßigen
Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln ist als
Verfälschung im Sinne des § 10 des Gesetzes über den
Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln anzusehen.
Die unter Verwendung von künstlichen Süßstoffen her-
gestellten Nahrungs- und Genussmittel dürfen nur
unter einer dieser Bezeichnungen erlenbar machen:
Bezeichnung verkauft oder feilgeboten werden. § 3.
Es ist verboten: 1) Künstliche Süßstoffe bei der Her-
stellung von Bier, Wein oder weinähnlichen Getränken,
von Fruchtsäften, Conserven und Likören, sowie von
künstlich erzeugten Jod- oder Stärkezuckerhydraten zu
verwenden. 2) Die unter 1) genannten Stoffe, welchen
künstliche Süßstoffe zugelegt sind, zu verkaufen oder
feil zu halten. Zuwiderhandlungen unterliegen der im
§ 10 oder, soweit die vorstehend unter Ziffer 2 be-
zeichnete Handlung aus Fahrlässigkeit begangen worden
ist, der im § 11 des Gesetzes vom 17. Mai 1879 vor-
geschriebenen Strafe. Die §§ 15 bis 17 daselbst finden
Anwendung. § 4. Der Bundesrath ist ermächtigt, die
zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Aus-
führungsbestimmungen zu treffen. Sodann gelangte
eine Resolution Dr. Paasche und Burm (Soz.) zur
Annahme, welche die verbundenen Regierungen ersucht,
auf wirksamere Kontrolle und Durchführung des Nahr-
ungsmittelgesetzes Bedacht zu nehmen. Zum Bericht-
erhalter für das Plenum ist Abg. Dr. Paasche
bestellt.

Rheinland-Westfalen.

* Neuß, 31. März.

* **Erstmelioration.** Der Centrums-Abgeordnete
Mooren hat im Abgeordnetenhaus den Antrag ein-
gebracht, die königliche Staatsregierung aufzufordern,
es zu veranlassen, daß die noch nicht abgetragene
Schuldenlast der durch landesherliches Statut vom 3.
Januar 1858 begründeten Genossenschaft für die
Melioration der Erst-Niederung in Höhe von 767,620
M. 15 Pf. Staats- und Provinzialdarlehen mit 1.
April 1899 auf die Staatskasse übernommen werde.

* **Der Gewerbeverein der deutschen Ma-
schinenbau- und Metallarbeiter** (H. D.) wird, wie
uns mitgeteilt wird, Sonntag Nachmittag 4 1/2 Uhr
im Saale der Restauration Vinc. Müller eine öffent-
liche Versammlung mit freier Diskussion veranstalten.
Herr Gottfried Stoffers aus Düsseldorf wird einen
Vortrag halten über das Koalitionsrecht der Arbeiter.

* **Düsseldorfer Chronik.** 30. März. Die Prin-
zeßin von Wales mit Gefolge passirte gestern auf der
Reise von Köln nach Altona den hiesigen Bahnhof.

— Einer Magd wurde die goldene Taschenuhr mit
Kette im Werthe von 40 M. gestohlen.

— Die Bestimmung, daß Frauenpersonen, Arbeit-
erinnen und Mägde nach ihrer Verheirathung einen
Theil für die gelebten Altersversicherungsmarken zurück-
bezahlt erhalten, ist zwar allgemein bekannt, allein viele
veräumen die Frist des Antrages. Nach der gesetzlichen
Bestimmung muß der Antrag auf Zurückzahlung der
Beiträge innerhalb dreier Monate nach der Ver-
heirath gestellt werden, weil der Anspruch nach drei
Monaten verjährt.

* **Königsheven.** 29. März. Heute morgen
verstarb ganz unerwartet in seiner Wohnung zu Dingen
Herr Franz Krumm, Bürgermeister von Königs-
heven u. Gaß.

* **Bergheim.** Mit dem 4. April beginnt an der

Kreistagsſitzung.

Eine Sitzung des Kreistages fand gestern Vormittag 10 Uhr statt. Den Vorsitz führte Kreisdeputirter und ſelbſterwählender Landrath Herr Herrmann. Beſehen. Anweſend waren ſämmtliche Abgeordnete. Das Etatsjahr 1897/98 ſchloß mit einem Defizit von 4700 Mark. Es ſiſt dies jedoch noch nicht vorgetommen. Das Defizit iſt zuwun den durch die ſtärkere Veranlagung des Kreises und die Provinzial-Abgabe bereits früher an den Kreis aufzubringen lieber ſchließen, als landwirthſchaftlichen Schäden gedekt wurde. Die Provinzial-Umlage wird beſtimmt nach dem bisherigen Sollaufkommen an direkten Staatsſteuern in den Kreistheilen Kreien. Bei Feſtſtellung des Etats d. Kreiſtommunalfaiſſe ließ ſich nicht feſtſtellen, wie die wirkliche Sollaufnahme an direkten Staatsſteuern in dieſen Kreiſe ſich geſtaltet werde. Die Kreiſ-Umlagen wurden feſtgeſetzt nach den Veranlagungen der Gemeinden herausgegeben. Zur Deduktion des Defizits ſchlägt Herr v. d. Leyen vor, die einzelnen Gemeinden herauszugeben; die Umlage wird für je Gemein nicht größer als 1 pCt. ausmachen. Es erhebiſch kein Widerpruch, der Antrag ſiſt ſomit angenommen.

Heute feiert man in katholischen Kreisen ein schönes

1941

Page 18.

eines Falles, den sie hochbetagt, in ihrem

„Müde bin ich, geh' zur Ruh',
Sang ich in den Jugendtagen,
Schließe beide Augen zu!“
„Wird nun bald der Tod mir sagen.
Herr, mein Gott, das walte Du!“

„Milde bin ich, gleich zur Ruh',
 Schließe dich, Mein'gen' zu.
 Louise Henckel's Schatz von zarten innigen
 Ficht ich vorzüglich zu Menschen für die
 Jugend. Aber auch für jeden gläubigen Christen
 ist es ein reiner Genuß, eine andächtige Erhe-
 bung eine nützliche Nahrung für Geist und Seele.
 Dichterin verdient, daß wir an ihrem Gedenken
 Anerkennung ihrer gedenken. Mögen diese
 Erfolg haben, die herrliche katholische Dichterin
 Roske nach zu bringen, sie hat sich in ihrem
 Schatz der besten Poesie darin ver-

Erläuterung

zu dem

A. Einnahmen.

Gegen das Veriahr unverän-

Titel I. Nr. 1. Unverändert. Nr. 2. Die Erhöhung

ist in Anbetracht des Dien
mit Rücksicht auf die Mehr

Frage wurde zurückgezogen.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag den 3. April, Nachmittags 4 Uhr, vom Sterbeause, Eisenstrasse 2 (vorm Rheinthor) aus.

Die feierlichen Exequien werden am Dienstag, 5. April, 9 Uhr, in der Marienkirche abgehalten werden.

Die Beerdigung findet vom Sterbeause aus am Samstag den 2. April, Morgens 11 Uhr, statt. Die feierlichen Exequien werden gleich nach der Beerdigung und Montag den 4. April, Morgens 9 Uhr, in der Pfarrkirche zu Königs- hoven gehalten.

Kostenfreie Annahme von Baar-
einlagen und Verzinsung mit 2
bis 4% jährlich, je nach Kün-
digungsfrist.

Die Anstalt hat den Lehrplan der lateinlosen Realschule. Das Reifezeugniß berechtigt zum einjährig-freiwilligen Militärdienste.
Nur in den unteren Klassen werden neue Schüler aufgenommen.
Die Direktion.

Eine schöne Ziege zu verkaufen
Näheres Breitestraße 16.



Eine schöne **Ziege** zu verkaufen.
Näheres Breitestraße 16.

Gegr. 1804. **Neuss.** Gegr. 1804.

Peters & Co., Bankgeschäft,
Abtheilung Neuss.

**Günstigste Gelegenheit
zur Ausstattung für Brautleute.**

Levor, Vorsteher.

Kölnerin.

Eine tragende **Stute** sowie ein
jähriges **Fohlen**, beide Rappen,
kräft. Wagenpferde, weil überzählig,
billig abzugeben.
M. Gladbach, Rheindorferstraße 80.